

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einleitung	1
Teil 1: Zum herrschenden Verständnis des Arbeitskampfes und seiner Rechtsfolgen	7
A. <i>Die unzulängliche Erfassung des Arbeitskampfes als verfassungsmäßig erlaubtes Druckmittel</i>	7
I. Das Verhandlungsungleichgewicht im Arbeitsrecht als unstreitiger Ausgangspunkt	7
II. Die unzulängliche Einordnung des Arbeitskampfes als verfassungsmäßig erlaubtes Druckmittel	9
III. Das Tarifsystem als Mechanismus marktmäßiger Preisbildung	13
IV. Die (begrenzte) Bedeutung internationaler Vorgaben	16
B. <i>Die fragwürdige Begründung der Haftung für rechtswidrige Arbeitskämpfe über das „Recht am Gewerbebetrieb“</i>	22
I. Fehlende Verankerung eines „Rechts am Gewerbebetrieb“ in der Rechtsordnung	23
II. Die problematische Fallgruppe des rechtswidrigen Arbeitskampfes .	35
III. Ergebnisse	42
Teil 2: Haftung als Reaktion auf die Verletzung subjektiver Rechte	45
A. <i>Das Privatrecht als Rechtszuweisungsordnung</i>	45
I. Das subjektive Recht als Bezugspunkt der Haftung	45
II. Verteidigung der Rechtszuweisungskonzeption gegen alternative Modelle	46
III. Mechanismen der Rechtszuweisung	49
IV. Reaktion auf die Verletzung subjektiver Rechte	52

<i>B. Die begrenzte Tragfähigkeit anderer deliktischer Haftungsbegründungen</i>	54
I. Eigentumsverletzungen im Arbeitskampf	54
II. Verletzung des Forderungsrechts	68
III. Verletzung von Schutzgesetzen im Sinne von § 823 Abs. 2 BGB	79
IV. Sittenwidrige vorsätzliche Schädigung, § 826 BGB	116
V. Zusammenfassung der Verletzung absoluter Rechte	137
<i>C. Die Entwicklung der Haftung aus relativen Rechten</i>	138
I. Autonom begründete Rechte der Tarifparteien	139
II. Schutzwpflichten als heteronom begründete, relative Rechte	141
III. Schutzwpflichten zwischen den Arbeitskampfparteien	179
IV. Zusammenfassung der Verletzung relativer Rechte	216
<i>D. Rechtfertigung tatbestandsmäßiger Rechtsverletzungen</i>	218
I. Verletzung absoluter Rechte	218
II. Schutzwpflichtverletzungen	227
Teil 3: Die weiteren Voraussetzungen des Schadensersatzanspruchs	229
<i>A. Verschuldensmaßstab</i>	229
I. Rechtsirrtum und Verschulden im bürgerlichen Recht	230
II. Besonderheiten der Arbeitskampfhaftung	238
III. Verantwortlichkeit der Verbände für Organe und Gehilfen	250
IV. Exkurs: Verschulden einzelner Verbandsmitglieder	252
<i>B. Rechtsfolge: Ausgleich von adäquat kausal verursachten Schäden</i>	257
I. Haftungsausfüllende Kausalität und Schadenszurechnung	257
II. Insbesondere: Rechtmäßiges Alternativverhalten	259
III. Schadensersatz in Geld	261
IV. Mitverschulden des Geschädigten, § 254 BGB	268
<i>C. Zur Frage einer Haftungsbegrenzung</i>	276
I. Verfassungskonformität der Haftung de lege lata	277
II. Einführung einer Haftungsbeschränkung de lege ferenda	285
<i>D. Exkurs: Die gesamtschuldnerische Haftung der Verbandsmitglieder</i>	288
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	291
Literaturverzeichnis	299
Sachregister	331

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einleitung	1
Teil 1: Zum herrschenden Verständnis des Arbeitskampfes und seiner Rechtsfolgen	7
<i>A. Die unzulängliche Erfassung des Arbeitskampfes als verfassungsmäßig erlaubtes Druckmittel</i>	7
I. Das Verhandlungsungleichgewicht im Arbeitsrecht als unstreitiger Ausgangspunkt	7
II. Die unzulängliche Einordnung des Arbeitskampfes als verfassungsmäßig erlaubtes Druckmittel	9
III. Das Tarifsystem als Mechanismus marktmäßiger Preisbildung	13
IV. Die (begrenzte) Bedeutung internationaler Vorgaben	16
1. Art. 6 Nr. 4 ESC	16
2. Art. 11 EMRK	19
3. Art. 28 EuGRC	21
4. Fazit	22
<i>B. Die fragwürdige Begründung der Haftung für rechtswidrige Arbeitskämpfe über das „Recht am Gewerbebetrieb“</i>	22
I. Fehlende Verankerung eines „Rechts am Gewerbebetrieb“ in der Rechtsordnung	23
1. Unklarheit über die rechtlichen Grenzen des Gewerbebetriebs	23
a) Fehlende Definition des Gewerbebetriebs	25
b) Systemwidrige Lösung der Eingriffshandlungen vom Schutzbereich des Rechts	26
c) Fragwürdige Rechtswidrigkeitsprüfung	27

2. Unvereinbarkeit des „Gewerbebetriebs“ mit dem System des Deliktsrechts	30
a) Subsidiarität einer Rechtsverletzung als Fremdkörper in der Rechtsschutzordnung	30
b) Planwidrige Einführung einer allgemeinen deliktischen Generalklausel	31
c) Diskriminierung der Vermögensverluste von Privatpersonen	31
3. Keine (richterrechtliche) Umgestaltung des Systems	33
a) Fehlende gesetzliche Grundlage	33
b) Fehlende gewohnheitsrechtliche Verfestigung	35
II. Die problematische Fallgruppe des rechtswidrigen Arbeitskampfes	35
1. Arbeitskampf als genuin unerlaubte Handlung	35
2. Deliktischer Schutz vertraglicher Beziehungen	37
3. Asymmetrische Haftung der Verbände	38
4. Fragwürdige Bestimmung der Anspruchsberechtigten bei Drittschäden	39
5. Widersprüche zur Haftung bei Aufruf zum Vertragsbruch durch nicht-gewerkschaftliche Akteure	40
III. Ergebnisse	42
Teil 2: Haftung als Reaktion auf die Verletzung subjektiver Rechte	45
A. <i>Das Privatrecht als Rechtszuweisungsordnung</i>	45
I. Das subjektive Recht als Bezugspunkt der Haftung	45
II. Verteidigung der Rechtszuweisungskonzeption gegen alternative Modelle	46
III. Mechanismen der Rechtszuweisung	49
IV. Reaktion auf die Verletzung subjektiver Rechte	52
B. <i>Die begrenzte Tragfähigkeit anderer deliktischer Haftungsbegründungen</i>	54
I. Eigentumsverletzungen im Arbeitskampf	54
1. Verweigerung der Arbeitsleistung als Rechtsverletzung	55
a) Die Diskussion zur Nutzungsbeeinträchtigung	56
b) Bestimmung der Rechtsverletzung ausgehend vom verletzten Recht	58
c) Die Irrelevanz von Substanzschäden für die Rechtsverletzung	59
d) Ausnahmsweise besondere Sachverantwortung der Arbeitnehmer	59
2. Verletzung durch sonstige Kampfmaßnahmen	60
a) Betriebsblockade	60

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XI
b) Betriebsbesetzung	63
c) „Flashmob“	64
3. Verletzung des Eigentums durch Unterlassen von Sicherungs- und Überwachungsmaßnahmen	64
4. Besitzstörungen als mit der Eigentumsverletzung verwandtes Problem	66
5. Exkurs: Ansprüche Dritter gegen die kampfführende Gewerkschaft	68
II. Verletzung des Forderungsrechts	68
1. Schutz des Gläubigers vor Anmaßungen der rechtlichen Zuständigkeit	69
2. Deliktischer Schutz vor Herbeiführung der Unmöglichkeit	72
3. Schutz vor externen Einwirkungen auf die Leistungsbereitschaft .	75
4. Fazit	78
III. Verletzung von Schutzgesetzen im Sinne von § 823 Abs. 2 BGB	79
1. Strafbarkeit der Nötigung, § 240 StGB	80
a) Tatbestandsmäßigkeit	80
b) Rechtswidrigkeit	81
aa) Verhältnis zur Sittenwidrigkeit	82
bb) Anfechtbarkeit durch Drohung erzwungener Erklärungen	
nach § 123 BGB	83
(a) Verhältnis der Nötigung zu § 123 BGB	84
(b) Anfechtbarkeit bei Drohung mit unzulässiger Rechtsausübung	84
(c) Schlussfolgerung	87
cc) Verwerflichkeit des rechtswidrigen Arbeitskampfes .	87
c) Schutzzweckzusammenhang	88
2. Strafbarkeit der Erpressung, § 253 StGB	89
3. Schutz der Koalitionsfreiheit, Art. 9 Abs. 3 S. 2 GG	89
a) Schutzgesetzeigenschaft	90
b) Tatbestand des Art. 9 Abs. 3 S. 2 GG	91
aa) Die notwendige Unterscheidung von Koalierungsprozess und Tarifautonomie	92
bb) Privates Abwehrrecht zugunsten des Koalierungsprozesses	
cc) Kein privates Abwehrrecht zugunsten der Betätigung als Kollektiv	95
dd) Zusammenfassung	98
c) Schutzzweck der Norm	99
d) Exkurs: Ansprüche der Verbände aus Art. 9 Abs. 3 S. 2 GG	
i. V. m. § 823 Abs. 2 BGB	99

4. Arbeitskampfrechtsprechung	100
a) Gesetzesqualität der Rechtsprechung	100
aa) Gestaltungskompetenz der Gerichte	102
bb) Folgen kompetenzübersteigender Rechtsprechung	103
cc) Bindungswirkung von Präjudizien	104
dd) Zwischenergebnis	105
b) Partielle gewohnheitsrechtliche Verfestigung	107
c) Funktion und Schutzrichtung der Voraussetzungen rechtmäßiger Arbeitskämpfe	110
5. Schutzgesetze zur Abwehr bestimmter Arbeitskämpfe	113
a) Wahrheitswidrige Krankmeldung („Go sick“) als Verstoß gegen § 263 Abs. 1 StGB	114
b) Betriebsverfassungswidrige Arbeitskämpfe als Verletzung von § 74 Abs. 2 S. 1 BetrVG	115
c) Arbeitskämpfe um Höchstarbeitsbedingungen als Verstoß gegen § 4 Abs. 3 TVG	115
IV. Sittenwidrige vorsätzliche Schädigung, § 826 BGB	116
1. Allgemeine Voraussetzungen der Haftung	117
a) Zum Maßstab der Sittenwidrigkeit	117
aa) Die rechtliche Irrelevanz von Moralvorstellungen der Gesellschaft	118
bb) Die legitimatorische Schwäche persönlicher Wertungen des Richters	120
cc) Die methodengerechte Konkretisierung aus rechtsimmanenten Wertungen	121
(a) Materielle Rechtsprinzipien als Bestandteil des Rechts .	122
(b) Grundrechte als Prinzipien des Privatrechts	122
(c) Die notwendige Offenkundigkeit der Rechtsprinzipien .	124
b) Schutzzweckzusammenhang	125
c) Subjektive Voraussetzungen	125
2. Sittenwidrige Schädigung durch rechtswidrige Arbeitskämpfe . .	126
a) Arbeitskampf als sittenwidrige „Verleitung zum Vertragsbruch“	127
aa) Sittenwidrigkeit des rechtswidrigen Arbeitskampfauftrufs .	128
bb) Subjektive Voraussetzungen der Haftung	132
b) Sittenwidrigkeit eines Handelns aus reiner Schädigungsabsicht .	134
c) Generelle Sittenwidrigkeit bestimmter Kampfmittel	134
d) Gemeinschaftsschädigende Arbeitskämpfe	135
3. Exkurs: Ersatzansprüche kampfunbeteiligter Dritter gegen die Gewerkschaft aus § 826 BGB	136
V. Zusammenfassung der Verletzung absoluter Rechte	137

<i>C. Die Entwicklung der Haftung aus relativen Rechten</i>	138
I. Autonom begründete Rechte der Tarifparteien	139
II. Schutzpflichten als heteronom begründete, relative Rechte	141
1. Entwicklung und Begründung der Schutzpflichten	141
a) Historische Entwicklung: Von c.i.c. und p.V.v. zu § 241 Abs. 2 BGB	142
b) Keine autonome Pflichtenbegründung	146
aa) Fiktion einer rechtsgeschäftlichen Begründung	146
bb) Semi-privatautonome Begründungsansätze	147
c) Materielle Rechtfertigung heteronom begründeter Schutzpflichten	148
aa) Gegenseitiges Vertrauen der Parteien	149
bb) Tatsächlicher Kontakt und erhöhte Einwirkungsmöglichkeiten	151
cc) Schutz des Rechtsverkehrs	152
dd) Verzichtbarkeit einer zusätzlichen Rechtfertigung als Lösung	153
ee) Fazit	155
2. Die tatbestandlichen Voraussetzungen der Schutzpflichthaftung . .	155
a) Tatbestand der Sonderverbindung	155
aa) Sonderverbindung als faktische Leistungsbeziehung . . .	155
bb) Beginn und Ende der Sonderverbindung	159
b) Konkretisierungsmaßstab der Verhaltenspflichten	160
aa) Schutzzweck der Haftung aufgrund leistungsbezogener Individualisierung	161
bb) Begrenzte Aussagekraft der Parteivereinbarung	164
cc) Berücksichtigungsfähigkeit der Grundrechte	166
dd) Keine Relevanz der Kosten-Nutzen-Verteilung im Einzelfall	167
ee) Zwischenergebnis	168
3. Systematische Einordnung der Schutzpflichten	169
4. Zur Anwendbarkeit der vertraglichen Sonderregelungen	171
aa) Gehilfenhaftung nach § 278 BGB	171
bb) Beweislastverteilung nach § 280 Abs. 1 S. 2 BGB	175
III. Schutzpflichten zwischen den Arbeitskampfparteien	179
1. Begründung einer Sonderverbindung der Arbeitskampfparteien .	179
a) Tarifbeziehung als Sonderverbindung	179
aa) Tarifverhandlung als pflichtenauslösende Vertragsverhandlung	179

bb) Arbeitskampf als tarifbezogene Anbahnungshandlung	182
cc) Beschränkte persönliche Reichweite der tarifbezogenen Sonderverbindung	183
b) Sonderverbindung aufgrund des Einflusses der Verbände auf das Arbeitsverhältnis	185
aa) Verband als mandatierte Vertretung der Mitglieder	185
bb) Kampfaufruf des Verbandes als rechtsgestaltende Modifikation des Arbeitsvertrags	188
(a) Kollektivbindung des Arbeitskampfes als zentrale Rechtmäßigkeitsvoraussetzung	189
(b) Funktion der Kollektivbindung des Arbeitskampfes . .	190
(c) Dogmatische Konstruktion der Kollektivbindung des Streiks	192
(d) Folgerungen für die Begründung einer Sonderverbindung	195
(a) Sonderverbindung kraft Verfügungsbefugnis	195
(β) Sonderverbindung im Arbeitskampfrecht	197
(γ) Einordnung in § 311 Abs. 3 S. 1 BGB	198
(δ) Personelle Reichweite der Sonderverbindung	198
2. Die bestehenden Schutzpflichten im Einzelnen	199
a) Pflicht zur rechtskonformen Ausübung des Gestaltungsrechts . .	200
aa) Grundlegendes	200
bb) Folgerungen für die Grenzen der Rechtsverletzung	202
b) Pflichten zur Unterlassung sonstiger Arbeitskämpfe	204
c) Sonstige Rücksichts- und Sorgfaltspflichten	206
3. Vereinbarter Haftungsausschluss	208
4. Exkurs: Folgerungen für weitere Rechtsbeziehungen	209
a) Haftung der Gewerkschaft gegenüber dem Arbeitgeberverband	209
b) Haftung des Arbeitgeberverbands gegenüber den Arbeitnehmern	210
c) Haftung der Gewerkschaft gegenüber kampfunbeteiligten Dritten	211
aa) Das grundsätzliche Fehlen einer Sonderverbindung zu Dritten	211
bb) Das ausnahmsweise Zustandekommen einer Sonderverbindung im Fall der Arbeitnehmerüberlassung . .	213
d) Haftung politischer Gruppierungen und anderer nicht-gewerkschaftlicher Akteure gegenüber dem Arbeitgeber	215
IV. Zusammenfassung der Verletzung relativer Rechte	216

	<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XV
<i>D. Rechtfertigung tatbestandsmäßiger Rechtsverletzungen</i>	218	
I. Verletzung absoluter Rechte	218	
1. Keine Rechtfertigung aus Art. 9 Abs. 3 GG	220	
a) Unmittelbare Drittewirkung des Art. 9 Abs. 3 S. 2 GG	220	
b) Mittelbare Drittewirkung des Art. 9 Abs. 3 S. 1 GG	221	
2. Fehlende rechtfertigende Kraft des Richterrechts	223	
3. Rechtfertigung von tatbestandsmäßigen Rechtsverletzungen nach zivilrechtlichen Grundsätzen	223	
4. Kein weitergehender ungeschriebener Rechtssatz	226	
II. Schutzpflichtverletzungen	227	
Teil 3: Die weiteren Voraussetzungen des Schadensersatzanspruchs	229	
A. <i>Verschuldensmaßstab</i>	229	
I. Rechtsirrtum und Verschulden im bürgerlichen Recht	230	
1. Bezugspunkt des Vorwurfs	231	
2. Vorbeugende Klärungsmöglichkeiten	234	
a) Zulässigkeit vorbeugender gerichtlicher Klärung	234	
aa) Leistungsklage	234	
bb) Feststellungsklage	235	
cc) Einstweiliger Rechtsschutz	235	
b) Klärung der Rechtslage durch untergerichtliche Entscheidungen	236	
c) Zwischenergebnis	238	
II. Besonderheiten der Arbeitskampfhaftung	238	
1. Unzumutbarkeit der Unterlassung von potenziell rechtswidrigen Arbeitskämpfen	240	
a) Existenzbedrohende Haftungssummen	241	
b) Rechtsunsicherheit durch richterrechtliche Prägung	241	
c) Gestaltungsbedürfnis der Tarifpartner	242	
d) Zusammenfassung	245	
2. Vorbeugende Klärungsmöglichkeiten	245	
a) Feststellungsklage	245	
b) Einstweiliger Rechtsschutz	246	
aa) Quasi-endgültiger Effekt von einstweiligen Verfügungen	246	
bb) Voraussetzungen der einstweiligen Verfügung	247	
c) Auswirkungen auf das Verschulden	249	
III. Verantwortlichkeit der Verbände für Organe und Gehilfen	250	
IV. Exkurs: Verschulden einzelner Verbandsmitglieder	252	
1. Vermeidbarkeit eines Rechtsirrtums der Verbandsmitglieder	252	
2. Zurechnung des Verbandsverschuldens gem. § 278 BGB	255	

<i>B. Rechtsfolge: Ausgleich von adäquat kausal verursachten Schäden</i>	257
I. Haftungsausfüllende Kausalität und Schadenszurechnung	257
II. Insbesondere: Rechtmäßiges Alternativverhalten	259
III. Schadensersatz in Geld	261
1. Abzug ersparter Aufwendungen	262
2. Kosten für (Ersatz-)Personal	262
3. Zahlungspflichten gegenüber Vertragspartnern	264
4. Entgangene Gewinne	266
5. Frustrierte Aufwendungen	266
IV. Mitverschulden des Geschädigten, § 254 BGB	268
1. Begrenzte Obliegenheit zur Abwehr des rechtswidrigen Arbeitskampfes	269
a) „Aushalten“ eines rechtswidrigen Arbeitskampfes als eigenständiges Kampfmittel	269
b) Aufklärungsobliegenheiten des Kampfgegners	271
c) Obliegenheit zur Einlegung von Rechtsbehelfen	273
2. Keine Obliegenheit zu dauerhaften präventiven Maßnahmen nach § 254 Abs. 1 BGB	274
3. Obliegenheit zur schadensmindernden Reaktion auf konkrete Kampfmaßnahmen	275
<i>C. Zur Frage einer Haftungsbegrenzung</i>	276
I. Verfassungskonformität der Haftung de lege lata	277
1. Die fehlende Bestandsgarantie für einzelne Koalitionen	277
a) Die prinzipielle Verfassungskonformität der Existenzgefährdung durch allgemeine Regeln	278
b) Keine ausnahmsweise Erforderlichkeit eines Bestandsschutzes	279
2. Die Schutzlosigkeit rechtswidriger Arbeitskämpfe	280
3. Die Auswirkungen auf rechtmäßige Arbeitskämpfe	281
a) Zur tatsächlichen prohibitiven Wirkung in der Vergangenheit	282
b) Die geringe theoretische Möglichkeit einer prohibitiven Wirkung	283
c) Die Verfassungskonformität des verbleibenden Restrisikos	283
d) Die systematische Unstimmigkeit einer nachträglichen Korrektur	284
4. Exkurs: Notwendigkeit einer Haftungsbeschränkung für die streikbeteiligten Arbeitnehmer	284
II. Einführung einer Haftungsbeschränkung de lege ferenda	285
1. Mäßigende Effekte der Haftung	285
2. Systemstärkende Effekte der Haftungsrisiken	286
3. Rechtsentwicklung als öffentliche Aufgabe	287
<i>D. Exkurs: Die gesamtschuldnerische Haftung der Verbandsmitglieder</i>	288

Inhaltsverzeichnis

XVII

Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	291
Literaturverzeichnis	299
Sachregister	331